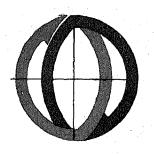
newsletter · bulletin d'informations nachrichten · nyhetsinformation



In case of reproduction, please mention source (ITF) - En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 10 Oktober 1985 Seite AKTUELLES Luftfahrtsicherheit durch Entregulierung gefährdet 101 Großkundgebung für den öffentlichen Personennahverkehr in Straßburg 102 Internationales: ITF fordert Abkommen über Schiffsentführungen 103 Transportarbeitergewerkschaften leisten ITF-Aufruf zur 103 Ergreifung von Maßnahmen gegen Südafrika Folge Binnenverkehr Belgien: Sofortgeldstrafen bei Verstößen gegen die 105 Straßenverkehrsordnung 105 Schweiz: Bundesbahnen werben um Fahrgäste Zivilluftfahrt Internationales: ITF und IFALPA verurteilen Absperrung von 106 Notausgängen auf Boeing 747 107 Internationales: Mehr Sicherheit für Rampenpersonal Großbritannien: British Airways soll Urlaubsfahrten nach 107 Sun City einstellen Japan: Kabinenpersonalgewerkschaft fordert Überprüfung der 107 Flugsicherheit bei JAL Kanada: Feste Beschäftigung bei CP AIR 108 USA: Continental ernster Unregelmäßigkeiten bei der 108 Pilotenausbildung beschuldigt USA: Continental-Plan zur Übernahme von TWA und 108 Frontier Airlines vereitelt Seeleute Frankreich: Proteststreik gegen Ausflaggen von Handelsschiffen 109 Großbritannien: Niederländische Seeleute unterstützen "NORBRIT"-Schiffsbesatzungen 109

Bevorstehende Tagungen	115
Personalien	115
Todesfälle	115
KURZNACHRICHTEN	114
Norwegen: Schiffsingenieurskongreß widersetzt sich Ausflaggen norwegischer Schiffe	114
Gewerkschaften	·
Gewerkschaftsrechte in Nikaragua Beschäftigungsprognose der OECD	112 112
Internationales: Neue Bergarbeitergruppierung versucht Gewerkschaftsbewegung zu spalten Internationales: IBFG verurteilt Suspendierung der	111
Allgemeines	
Engere Zusammenarbeit der Hafenarbeiter der Pazifischen Häfen	111
Hafenarbeiter	
Niederlande: Seeleute widersetzen sich Reduzierung der Bemannungs	normen 110
Großbritannien: Straffere Organisierung im Offshore-Sektor Kanada: SIU organisiert erstmalig Offshore-Personal	110
Fortsetzung	<u>Seite</u>

AKTUELLES

LUFTFAHRTSICHERHEIT DURCH ENTREGULIERUNG GEFÄHRDET

Vom 1. bis 3. Oktober fand in Stockholm eine Vollkonferenz der ITF-Sektion Zivilluftfahrt statt, an der 100 Delegierte von 49 Gewerkschaften aus 26 Ländern teilnahmen. Die Diskussion konzentrierte sich auf drei Hauptprobleme der Zivilluftfahrt und des Zivilluftfahrtpersonals. Das erste dieser war die zunehmende Entregulierung des Luftverkehrs. Die Konferenzdelegierten verwiesen besonders darauf, daß mehr und mehr Regierungen versuchen, die gegenwärtig in der internationalen Zivilluftfahrt zur Anwendung gelangenden Abkommen und Regelungen im Interesse des freien Marktes abzubauen und somit rentable Strecken beizubehalten, aber unrentable Flugverbindungen abzuschaffen. Ferner streben diese Entregulierungsmaßnahmen eine Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen an, um die Betriebskosten zu senken. Viele Gewerkschaften berichteten, daß in ihren Ländern eine totale oder teilweise "Privatisierung" der Luftfahrt geplant ist, trotz der Tatsache, daß die seit dem Jahre 1978 in den USA erfolgte Entregulierung verheerende Auswirkungen nach sich gezogen hat. In Anbetracht dessen bschloß die Konferenz, sich Privatisierungs- und Entregulierungsmaßnahmen mit allen Mitteln zu widersetzen und auch Schritte zu unternehmen, die dazu angetan sind, den nachteiligen Auswirkungen der Entregulierung zu begegnen, wie z.B. der Einstellung der Flugverbindungen nach kleineren Städten und ländlichen Gebieten, der Zerstörung von Gewerkschaften, Lohnkürzungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, finanzieller Ruin von Luftfahrtunternehmen und nicht zuletzt und in zunehmendem Maße Kompromissen auf dem Gebiete der Luftfahrtsicherheit.

Das zweite Hauptthema war die neue Technologie. Hier wurde besonders darauf verwiesen, daß die Luftfahrt schon immer der Bahnbrecher auf dem Gebiete des technischen Wandels war und daß die in letzter Zeit eingeführten technischen Neuerungen im Zusammenhang mit der Computerisierung und dem Verbindungswesen tiefgreifende Folgen haben. Die Konferenz war der Ansicht, daß die ITF weitere gewerkschaftspolitische Richtlinien festlegen und eine intensivere Forschungs- und Informationsarbeit betreiben müsse um zu ermitteln, welche Formen der neuen Technologie sich unmittelbar auf das Luftfahrtpersonal auswirken und auf welche Weise man die sich daraus ergebenden Probleme am besten bewältigen kann. Ferner sollte sich der ITF-Vorstand mit dem Problem der neuen Technologie befassen, da dieses Problem alle ITF-Fachsektionen berührt.

Das dritte Hauptthema war die berufliche Sicherheit und Gesundheit. Aufgrund der zunehmenden Zahl ernster Flugzeugunglücke wurde erklärt, daß die Flugtüchtigkeit unbedingt und hundertprozentig gewährleistet werden müsse. Besondere Aufmerksam-keit wurde der Noträumung von Flugzeugen in Dringlichkeitsfällen zuteil. In diesem Zusammenhang wurde der Beschluß einiger Luftfahrtunternehmen, auf ihren Flugzeugen des Typs Boeing 747 die zwei über den Tragflächen befindlichen Ausgänge zu schließen, stark verurteilt und die Konferenz beschloß, hierzu eine gemeinsame Erklärung mit der IFALPA abzugeben.

Infolge der Entregulierung und Privatisierung und der sich daraus ergebenden Verschärfung des Konkurrenzkampfes seien die Luftfahrtunternehmen zunehmendem Druck ausgesetzt. Im Laufe der Diskussion über die Gesamtbetriebskosten wurden u.a. auch Faktoren wie Instandhaltungs-, Wartungskosten und Treibstoffkosten erwähnt. Die neue Technologie gelange zur Anwendung um den Personalbestand zu reduzieren, die Gesamtbetriebskosten zu senken und die Einsatzzeiten zu verlängern. All dies seien negative Auswirkungen, nicht nur für das Luftfahrtpersonal, sondern auch für die Fluggäste.

Die dreitägige Konferenz, deren Gastgeber die drei schwedischen Mitgliedsgewerkschaften STF, HTF und SALF waren, tagte unter dem Vorsitz von Bill Gill, Sektionsvorsitzender, FEIA, USA, der zu Beginn der Konferenz bekanntgab, daß er den Vorstitz der Sektion am Ende der Konferenz niederlegen werde. Infolgedessen wählte die Sektion einen neuen Vorsitzenden sowie einen Vizevorsitzenden. Der neue Sektionsvorsitzende (zumindest bis zum ITF-Kongreß im Juli 1986) ist der Kollege Bill Scheri (IAM, USA). Als Vizevorsitzender wurde Mick Martin (TGWU, Großbritannien) gewählt. Auf der Schlußsitzung der Konferenz würdigte der ITF-generalsekretär Harold Lewis die enormen und langjährigen Verdienste des Kollegen Bill Gill um die ITF-Sektion Zivilluftfahrt und wünschte ihm alles Gute und recht viel Glück für die Zukunft.

Ferner nahm die Konferenz eine Entschließung in Unterstützung der tunesischen Gewerkschaftsbewegung an, die gegenwärtig schweren Angriffen seitens der Regierung ausgesetzt ist. Diese Entschließung wurde außerdem an den ITF-Vorstand weitergeleitet. Auf Antrag des Delegierten der Vereinigung des Kabinenpersonals der Air India gab die Konferenz eine Erklärung ab, in der die Air India aufgefordert wird, die Hinterbliebenen der durch den Absturz einer Boeing 747 der Air India im Juni 1985 getöteten Besatzungsmitglieder auf der gleichen Basis zu entschädigen wie die Hinterbliebeneh der getöteten Fluggäste.

GROSSKUNDGEBUNG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR IN STRASSBURG

Siebzig Busse aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz und fast 1.500 Beschäftigte städtischer Verkehrsbetriebe waren am 18. Oktober in Straßburg an einer gemeinsamen ITF/IÖD-Großkundgebung für den öffentlichen Personennahverkehr beteiligt. Die Busse und Kundgebungsteilnehmer fuhren um 10 Uhr vom Place de l'Etoile ab und trafen zwei Stunden später vor dem Palais de l'Europe, dem Hauptsitz des Europarates und Tagungsort des Europäischen Parlamentes, ein. Vor dem Europaratsgebäude hielten die Kollegen Gilbert Doriat (Fédération des Transports FO, Frankreich), Bill Morris (TGWU, Großbritannien) und Franz Holländer (ÖTV, Deutschland) Ansprachen.





Am Vortage fand eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der an der Kundgebung beteiligten Gewerkschaften und Vertretern verschiedener sich mit dem öffentlichen Verkehr befassenden Organisationen statt, u.a. des Europäischen Parlamentes und des Internationalen Verbandes für Öffentliches Verkehrswesen (UITP) sowie Herrn Marcel Schlechter (luxemburgischer Verkehrsminister und gegenwärtig Präsident des EG-Verkehrsministerrates). Unter dem Vorsitz des Kollegen Victor Schiwoff (VPÖD, Schweiz) erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß die ITF fest entschlossen sei, den öffentlichen Personennahverkehr gegen alle Angriffe zu verteidigen, die seitens der öffentlichen Instanzen in den einzelnen europäischen Ländern mit dem Ziele einer Entregulierung und Privatisierung öffentlicher Verkehrsdienste unternommen werden.

INTERNATIONALES: ITF FORDERT ABKOMMEN ÜBER SCHIFFSENTFÜHRUNGEN

Aufgrund der brutalen Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes ACHILLE LAURO im Oktober d. J. hat die ITF, die die überwiegende Mehrheit der Seeleute der Welt vertritt, die Internationale Organisation für Seeschiffahrt (IMO) aufgefordert, ein neues internationales Abkommen über Schiffsentführungen anzunehmen, wie die für die Luftfahrt zuständige UNO-Agentur dies bereits im Falle der Flugzeugentführungen getan hat.

Die ITF stellt in einer Presseerklärung fest, daß die Besatzung der ACHILLE LAURO bei einem ihrer Mitgliedsverbände organisiert ist, so daß diese kriminelle Handlung den Kern ihrer Mitgliedschaft unmittelbar angegriffen hat. Die der ITF angeschlossenen Seeleutegewerkschaften – so heißt es in der Erklärung weiter – haben schon seit langer Zeit davor gewarnt, daß ein großes Schiff oder eine Offshore-Installation eines Tages das Ziel terroristischer Angriffe sein würde. Eben deswegen haben sie wiederholt Maßnahmen gefordert, um dies zu verhindern.

Die ITF begründet ihre Forderung auf Erstellung eines internationalen Abkommens über Schiffsentführungen mit der Feststellung, daß es unbedingt notwendig ist, internationale Normen und Praktiken festzulegen, um Schiffe vor einer gesetzwidrigen Übernahme – sei es durch Entführer oder Piraten – zu schützen. Das neue Abkommen sollte daher ein wirksames Sicherheitsverfahren vorschreiben, das von Reedern, Kapitänen, Schiffsoffizieren und Mannschaften sowie von Regierungen der Hafenstaaten und Flaggenländer zu befolgen ist. Ferner sollte es ein Verfahren vorsehen, um Personen, die kriminelle Handlungen gegen Handelsschiffe begehen, vor Gericht zu bringen und zu bestrafen. Das ITF-Sekretariat wird im Einvernehmen mit den zuständigen ITF-Gewerkschaften spezifische Vorschläge an das zuständige IMO-Organ richten.

Abschließend wurde in der ITF-Presseerklärung gefordert, daß die Entführer der ACHILLE LAURO in Italien (dem Flaggenland des Schiffes) vor Gericht gebracht werden und daß sich die Bestrafung der schuldigen Personen nach dem Strafmaß richten sollte, das das internationale Gesetz im Falle gesetzwidriger Angriffe auf die Zivilluftfahrt vorsieht.

TRANSPORTARBEITERGEWERKSCHAFTEN LEISTEN ITF-AUFRUF ZUR ERGREIFUNG VON MASSNAHMEN GEGEN SÜDAFRIKA FOLGE

Transportarbeitergewerkschaften in aller Welt haben den von der ITF an ihre Mitgliedsgewerkschaften gerichteten Aufruf zur Ergreifung nach Maßnahmen gegen südafrikanische Interessen Folge geleistet, um das südafrikanische Regime so

bald wie möglich zu einer positiven Änderung seiner verabscheuenswerten Apartheitspolitik zu bewegen. Diese Maßnahmen wurden sowohl von einzelnen Gewerkschaften als auch gemeinsam im Rahmen der internationalen Gewerkschaftskampagne des IBFG gegen die wirtschaftlichen Interessen Südafrikas durchgeführt.

In Skandinavien hat die Nordische Transportarbeiterföderation (deren Präsident das ITF-Vorstandsmitglied Henrik Aasarød ist) die Regierungen der nordischen Länder aufgefordert, so schnell wie möglich einen totalen Boykott gegen Südafrika in die Wege zu leiten und zwecks Abbau ihrer Beziehungen zu Südafrika ein gemeinsames Programm zu entwickeln. Die Schwedische Transportarbeitergewerkschaft hat am 23. Oktober einen einmonatigen Boykott aller Land-, Schiffs- und Flugverbindungen mit Südafrika begonnen, und die dem schwedischen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften (einschließlich der Transportarbeiter) waren unter der Obhut des Gewerkschaftsbundes an einer drei Wochen langen Kampagne gegegen Südafrika beteiligt. In Norwegen hat die Transportarbeitergewerkschaft einen Boykott gegen südafrikanische Produkte begonnen, der mindestens bis Ende dieses Monats andauern soll, aber u.U. bis zum 1. Februar nächsten Jahres verlängert werden könnte. Die Norwegische Seeleutegewerkschaft hat die Handelskammer aufgefordert, ein Register aller nach Südafrika fahrenden Schiffe zu führen und darauf zu bestehen, daß deren Reeder volle Einzelheiten über die von und nach Südafrika beförderte Fracht sowie über alle Fahrten nach Südafrika bereitstellen. Ferner hat die Seeleutegewerkschaft die Regierung mit Nachdruck ersucht, die Konstruktion von Hafenanlagen und andere Infrastrukturprojekte in Grenzländern Südafrikas zu unterstützen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder von Südafrika zu reduzieren. Letztens beantragte die Seeleutegewerkschaft die Durchführung eines internationalen Schiffahrtsboykottes gegen Südafrika unter der Obhut der Vereinten Nationen. In Finnland hat die Gewerkschaft der Automobilund Transportarbeiter beschlossen, den Umschlag südafrikanischer Import- und Exportprodukte auf unbefristete Zeit zu verweigern, einschließlich der Weiterbeförderung solcher Güter auf der Straße von und nach Nachbarländern. Dieser Boykott begann am 20. Oktober. Die Finnische Seeleutegewerkschaft plant ab 1. November eine ähnliche Aktion. In Dänemark hat die Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft (SiD) gefordert, daß die Regierung den Verkauf und den Transport von Rohöl von Dänemark nach Südafrika gesetzlich verbieten sollte. Ferner forderte die Gewerkschaft ein Verbot des Transportes von Gütern von und nach Südafrika auf Schiffen, die sich im Besitz dänischer Reeder befinden (einschließlich Schattenflaggenschiffe).

In Österreich hat der ITF-Präsident Fritz Prechtl am 21. September auf einer Solidaritätssitzung die Bedeutung der Rolle der Gewerkschaften bei der Beendigung der Apartheid in Südafrika stark betont, und in Frankreich hat sich die Abteilung Zivilluftfahrt der FO-Föderation Öffentliche Dienste und Transport bereiterklärt, zusammen mit anderen Luftfahrtgewerkschaften Maßnahmen gegen südafrikanische Flugzeuge zu ergreifen. In Italien haben sich die drei nationalen Gewerkschaftsbünde bis jetzt auf eine 24stündige Suspendierung aller Flug- und Schiffsverbindungen mit Südafrika konzentriert, aber haben auch Unterstützungs- und Solidaritätsschreiben an die der ITF angeschlossenen südafrikanischen Gewerkschaften entsandt.

In Nordamerika dauern die von Gewerkschaften organisierten Demonstrationen vor den südafrikanischen Botschaften und Konsulaten an, und die Kanadische Gewerkschaft der Hafen- und Lagerhausarbeiter (ILWU) hat sich vor kurzem geweigert, eine Ladung Stahl aus Südafrika von dem Schiff Nedlloyd Kingston im Hafen von Vancouver zu entladen.

Die afrikanischen Gewerkschaften haben zahlreiche Entschließungen und Erklärungen angenommen, in denen sie ihrer festen Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaften Südafrikas Ausdruck geben. Viele asiatische Gewerkschaften haben ähnliche Solidaritätsbekundungen vorgenommen und sich den offiziellen Protesten an die in ihren Ländern befindlichen südafrikanischen Vertretungen angeschlossen. In Australien gelangte unter der Obhut des Australischen Gewerkschaftsbundes eine einwöchige Reihe von Aktionen zur Durchführung, u.a. gegen Flüge der South African Airways sowie Schiffs-, Post- und Telefonverbindungen.

In vielen Ländern wurde der in Südafrika verhängte Ausnahmezustand auf Gewerkschaftskonferenzen stark verurteilt und zahlreiche Gewerkschaften haben Sammelaktionen für die unabhängigen südafrikanischen Gewerkschaften vorgenommen. Das ITF-Sekretariat erhält laufend weitere Informationen über die von Gewerkschaften gegen südafrikanische Interessen unternommenen Schritte.

Binnenverkehr

BELGIEN: SOFORTGELDSTRAFEN BEI VERSTÖSSEN GEGEN DIE STRASSENVERKEHRSORDNUNG

Infolge kürzlicher Änderungen der Straßenverkehrsordnung in Belgien ist die Polizei nunmehr bevollmächtigt, Fahrern, die nicht in Belgien wohnhaft sind, Sofortgeldstrafen aufzuerlegen. Bei einem "gewöhnlichen" Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung ist eine Sofortgeldstrafe von Bfrs 750 zahlbar und bei einem "ernsten" Verstoß beträgt die Sofortstrafe Bfrs 4.000. Es gibt 14 solche "ernste" Verstöße. Weigert sich der Fahrer diese Geldstrafe zu zahlen, wird in Übereinstimmung mit dem normalen Rechtsverfahren eine Ermittlung eingeleitet. Gleichzeitig muß der Fahrer Bfrs 1.500 (bei gewöhnlichen Verstößen) bzw. Bfrs 6.000 (bei ernsten Verstößen) deponieren, um die eventuelle Geldstrafe sowie die Gerichtskosten zu decken. Die Deponierung dieser Beträge stellt kein Schuldgeständnis dar. Falls das Gericht den Fahrer unschuldig befindet, ist der gesamte deponierte Betrag zurückzahlbar. Weigert sich der Fahrer einen solchen Betrag zu deponieren, wird sein Fahrzeug abgeschleppt. Zahlt der Fahrer danach nicht binnen 96 Stunden das erforderliche Depot, können die zuständigen Behörden das Fahrzeug beschlagnahmen. Die Rückerstattung des Fahrzeuges erfolgt erst nach Zahlung des Depots und der Abstellkosten. Wenn Geldstrafen nicht binnen 40 Tagen, nachdem ein Gericht den Fahrer schuldig befunden hatte, gezahlt werden, wird das Fahrzeug verkauft. Der Verkaufserlös wird nach Abzug des Strafgeldes, der Rechtskosten und sonstiger Gebühren des Fahrzeuges ausgezahlt. Alle europäischen ITF-Gewerkschaften der Straßentransportarbeiter sind per ITF-Rundschreiben von der obigen Gesetzesänderung in Belgien verständigt worden.

SCHWEIZ: BUNDESBAHNEN WERBEN UM FAHRGÄSTE

Der Verwaltungsrat der SBB hat an seiner letzten Sitzung vom 2. Oktober 1985 einen außerordentlichen Investitionsplan im Gesamtbetrag von 870 Mio Franken für den Bau zeitgemäßer Publikumsanlagen sowie für eine beschleunigte Beschaffung von Rollmaterial für den Personenverkehr gutgeheißen. Die SBB wollen damit noch attraktiver werden, das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr vermehrt fördern und mit dieser Maßnahme einen weiteren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Diese Zusatzinvestitionen sind ein weiterer Schritt in die Offensive der öffentlichen Verkehrsmittel zu ihrer Attraktivitätssteigerung. Nachdem in

diesem Frühjahr das Konzept "Bahn 2000" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, welches mit 6 Mrd Franken zusätzlichen Investitionen in Neubaustrecken und bestehende Anlagen die Leistungen der Eisenbahnen längerfristig massiv verbessern will, erwartet man von der Regierung auf den Herbst vor allem kurzfristig wirkende Maßnahmen im tariflichen Bereich. Zur Diskussion steht namentlich ein stark verbilligtes Halbpreisabbonnement zum Schlagerpreis von etwa 100 Franken monatlich, welches u.a. auch vom Schweizerischen Eisenbahner-Verband (SEV) gefordert wird.

Zivilluftfahrt

INTERNATIONALES: ITF UND IFALPA VERURTEILEN ABSPERRUNG VON NOTAUSGÄNGEN AUF BOEING 747

Die ITF und die Internationale Vereinigung der Luftlinienpiloten (IFALPA) haben am 10. Oktober in einer gemeinsamen Erklärung auf die möglichen Risiken verwiesen, denen Fluggäste und Besatzungen infolge des Beschlusses bestimmter Luftfahrtunternehmen zur Reduzierung der Zahl der Notausgänge auf Flugzeugen des Typs Boeing 747 ausgesetzt sein könnten. In der gleichen Erklärung begrüßt die ITF den Beschluß der Air France, die zwei über den Tragflächen befindlichen Notausgänge nicht zu schließen (nachdem die zuständigen französischen Gewerkschaften gegen den ursprünglichen Schließungsplan energisch protestiert hatten) sowie das Versprechen der skandinavischen Fluggesellschaft SAS, auf ihren eigenen 747-Maschinen diese Ausgänge nicht abzusperren und auch keine modifizierten Flugzeuge von ihrem KSSU-Partner KLM zu chartern.

In der genannten Erklärung wird ferner darauf verwiesen, daß die amerikanische Luftfahrtbehörde (FAA), die ursprünglich die Schließung der genannten Notausgänge genehmigt hatte, nunmehr ihre Haltung geändert und den amerikanischen Luftfahrtunternehmen nahegelegt hat, diese Ausgänge beizubehalten. Vorigen Monat fand eine technische Konferenz der FAA statt, auf der beschlossen wurde, die bestehende Norm, daß es möglich sein muß, ein Flugzeug im Notfall in 90 Sekunden zu räumen, erneut zu überprüfen. Sowohl die ITF als auch die IFALPA waren auf dieser technischen Konferenz vertreten.

In der genannten Erklärung gaben die beiden Organisationen ferner ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß Flugzeuge des Typs Boeing 747 aus rein kommerziellen Gründen mit einer reduzierten Zahl von Notausgängen eingesetzt werden, während die genannte Überprüfung der Räumungsvorschriften noch aussteht. Durch die Absperrung der über den Tragflächen befindlichen Notausgänge würde sich die Entfernung zwischen einem Teil der Fluggäste und dem naheliegendsten Notausgang verdoppeln.

Abschließend warnen die ITF und die IFALPA alle Fluggäste vor den zusätzlichen Risiken des Fliegens auf einer Boeing 747 mit nur 8 Notausgängen, und die Luftfahrtunternehmen British Airways, KLM, Thai International und Cathay Pacific wurden aufgefordert, keine weiteren Modifizierungen an neuen 747-Maschinen vorzunehmen und die bereits modifizierten Flugzeuge dieses Typs wieder umzubauen, um 10 Notausgänge bereitzustellen.

INTERNATIONALES: MEHR SICHERHEIT FÜR RAMPENPERSONAL

Im November werden die Flughafengesellschaften und Luftfahrtunternehmen eine einmonatige weltweite Kampagne durchführen, um das in der Ziviluftfahrt beschäftigte Rampenpersonal über die mit dem Beruf verbundenen Verletzungs- und Unfallgefahren aufzuklären und alle Rampenarbeiter zu ermutigen, die an der Rampe befindlichen Warnschilder sowie die Rampenmarkierungen zu beachten. Für die Durchführung der genannten Kampagne sind die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) und der Koordinierungsrat der Flughafenvereinigungen (AACC) verantwortlich. Die Kampagne wird in Zusammenarbeit mit anderen internationalen und lokalen Organisationen durchgeführt werden und bildet Teil einer ganzen Reihe von Aktivitäten und Initiativen, die sich u.a. auch auf spezifische Aspekte der Rampenarbeit wie z.B. die Benutzung von Hebevorrichtungen, Verbesserung der Fahrerkenntnisse und das vorgeschriebene. Verfahren für die Meldung von Unfällen beziehen.

GROSSBRITANNIEN: BRITISH AIRWAYS SOLL URLAUBSFAHRTEN NACH SUN CITY EINSTELLEN

Das britische Luftfahrtunternehmen British Airways (BA) scheint aus der schlechten Publizität, die dem skandinavischen Luftfahrtunternehmen SAS im Herbst vorigen Jahres zuteil wurde, weil es Urlaubsflüge nach Sun City im südafrikanischen Bophuthatswana angeboten hatte, keine Lehre gezogen zu haben, da eine der ITF diesen Monat zugestellte BA-Broschüre verschiedene "reizvolle Urlaubsziele" in Afrika anbietet, darunter auch Sun City. In einem Protestschreiben an Lord King, dem Präsidenten der British Airways, hat der ITF-Generalsekretär Harold Lewis ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die skandinavischen Gewerkschaften auf die SAS-Angebote von Urlauberflügen nach Sun City äußerst kritisch reagiert hatten, worauf die SAS prompt beschlossen habe, diese Angebote zurückzuziehen. Ferner verwies der Generalsekretär den BA-Präsidenten auf die rücksichtslose Unterdrückung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Bophuthatswana (eine von dem südafrikanischen Regime als Eckpfeiler der Apartheid gebildete sogenannte "Heimstätte"). In Anbetracht der wachsenden gesellschaftlichen Spannungen unter der gegenwärtigen Notstandsverordnung in Südafrika erklärte der ITF-Generalsekretär, daß die ITF derartige Angebote von Urlaubsflügen nach Südafrika als äußerst unangebracht betrachte, und daß ein solches Verhalten von breiten Kreisen sehr wohl als eine Beleidigung und Zurückweisung aller Menschen ausgelegt werden könne, die sich um die Abschaffung eines Regimes bemühen, das einen Teil der Einwohner des Landes aus Rassengründen systematisch diskriminiert. Die BA sollte sich daher als ein im Staatsbesitz stehendes Luftfahrtunternehmen bewußt sein, daß keine einzige Regierung irgendeine dieser Heimstätten je als echt anerkannt habe und daß die Anerkennung von Sun City eine Ermutigung und Unterstützung der Politik einer Regierung darstelle, die von der gesamten zivilisierten Welt verabscheut werde.

Die Gewerkschaften des BA-Personals haben ähnliche Proteste an das Unternehmen gerichtet und wir hoffen, daß diese gemeinsame Aktion der ITF und ihrer Mitgliedsgewerkschaften das gleiche Ergebnis bringen wird, wie die Drei-Länder-Kampagne gegen SAS - nämlich die Zurückziehung des Angebotes von Sun City als Urlauberziel.

JAPAN: KABINENPERSONALGEWERKSCHAFT FORDERT ÜBERPRÜFUNG DER FLUGSICHERHEIT BEI JAL

Aufgrund des Unglücks einer Boeing 747 der Japan Air Lines (JAL), bei dem 520 Fluggäste und Besatzungsmitglieder den Tod fanden, hat die der ITF angeschlossene Gewerkschaft des JAL-Kabinenpersonals das Unternehmen aufgefordert, eine

Überprüfung der Unglücksstatistik der JAL vorzunehmen, sowie der Verkehrspolitik der japanischen Regierung und eine unparteilsche und wissenschaftliche Untersuchung dieses Unglücks.

Seit dem Jahre 1972 waren Flugzeuge der JAL in fünf weitere ernste Unfälle verwickelt. Bei jedem dieser Unfälle kamen viele Menschen ums Leben. Die genannte Gewerkschaft verweist darauf, daß die antigewerkschaftliche Haltung des Unternehmens Spaltungen unter dem Personal hervorgerufen hat, und behauptet, daß die Sicherheit durch eine zu intensive Sparpolitik beeinträchtigt worden ist. Alle Piloten der JAL werden als Managementpersonal betrachtet und dürfen daher keiner Gewerkschaft beitreten. Darüber hinaus hat sich das Unternehmen wiederholt in die internen Angelegenheiten der Gewerkschaften eingemischt.

KANADA: FESTE BESCHÄFTIGUNGSSICHERHEIT BEI CP AIR

Die bei der kanadischen Fluggesellschaft CP AIR beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaft des Eisenbahn-, Luftfahrt- und Schiffahrtsverwaltungspersonals (BRAC) werden infolge einer im Frühjahr d.J. getroffenen Vereinbarung eine Beschäftigungsgarantie auf Lebenszeit haben. Im Anhang zum gegenwärtigen Kollektivvertrag sind die Namen aller am 7. Juli 1985 bei CP AIR vollzeitig beschäftigten BRAC-Mitglieder angeführt. Diese Liste wird auch Teil des Anhangs aller künftigen Kollektivvertäge mit CP AIR bilden. Als Gegenleistung für diese Beschäftigungsgarantie hat die BRAC sich damit einverstanden erklärt, daß das Unternehmen bis zu 30% Teilzeitarbeiter beschäftigen kann. Aber auch diese 30% werden erstmalig eine garantierte wöchentliche Mindestarbeitszeit haben, sowie bestimmte Dienstaltersansprüche und Anspruch auf Beitritt zur betrieblichen Rentenkasse.

USA: CONTINENTAL ERNSTER UNREGELMÄSSIGKEITEN BEI DER PILOTENAUSBILDUNG BESCHULDIGT

Die der ITF angeschlossene Amerikanische Pilotenvereinigung (ALPA) hat beim Bezirksgericht in Houston eine Beschwerde eingereicht, in der das Luftfahrtunternehmen Continental Airlines ernster Unregelmäßigkeiten bei der Ausbildung und Befähigung von Piloten beschuldigt wird, die eingestellt oder befördert wurden, um den Streik der ALPA-Mitglieder gegen dieses Unternehmen zu zerschlagen. Die ALPA behauptet, daß ungenügend ausgebildete und falscherweise befähigte Prüfer eingesetzt wurden, um die Fähigkeiten der genannten Piloten offiziell zu bestätigen. Ferner habe das Unternehmen der Luftfahrtbehörde und anderen Untersuchungsinstanzen falsche mündliche und offizielle Daten geliefert, um die beschriebenen Zustände zu vertuschen.

Der Streik der Piloten gegen Continental Airlines dauert seit fast zwei Jahren an, und die Mitglieder der ALPA haben vor kurzem im Rahmen einer Abstimmung beschlossen, zusätzliche Beiträge an eine "Streikkasse" zu leisten, die benutzt werden soll, um anderen antigewerkschaftlichen Aktivitäten amerikanischer Luftfahrtunternehmen zu begegnen.

USA: CONTINENTAL-PLAN ZUR ÜBERNAHME VON TWA UND FRONTIER AIRLINES VEREITELT

Ende September d.J. ist es dem amerikanischen Financier Carl Icahn gelungen, die finanzielle Kontrolle der Trans World Airlines (TWA) zu übernehmen, wodurch ein Gegenangebot des Vorsitzenden der Texas Air Corporation, Frank Lorenzo, vereitelt wurde. Die Texas Air Corporation ist das Stammunternehmen der Continental Airlines, die sich im Herbst 1983 bankrott erklärte und danach trotz der starken Opposition der Gewerkschaften wieder als Billigfluggesellschaft etablierte. Das erfolgreiche Angebot des Herrn Icahn wird von den Gewerkschaften der TWA-Piloten und -Mechaniker

unterstützt, die sich bereit erklärt haben, als Gegenleistung für einen Aktienanteil am Unternehmen und eine Gewinnbeteiligung Zugeständnisse zu machen. Obwohl die TWA erst seit vorigem Monat einem neuen Management untersteht, hat Herr Icahn bereits angedeutet, daß es notwendig sein wird, 1.000 Arbeitsplätze nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer und im Verwaltungssektor abzubauen und die Gehälter der Weiterbeschäftigten nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zu kürzen.

Anfang Oktober wurde ferner bekanntgegeben, daß auch der Versuch der Texas Air Corporation, die Fluggesellschaft Frontier zu übernehmen, mit Hilfe der zuständigen Gewerkschaften vereitelt werden konnte, da sich die Gewerkschaften für die Annahme des Angebots des Luftfahrtunternehmens People Express aussprachen.

Seeleute

FRANKREICH: PROTESTSTREIK GEGEN AUSFLAGGEN VON HANDELSSCHIFFEN

Die auf Schiffen der Worms-Reedergruppe beschäftigten Offiziere und Mannschaftsdienstgrade haben als Protest gegen den Verkauf von Schiffen an ausländische
Tochtergesellschaften einen 72-Stunden-Streik durchgeführt, da dieser Verkauf
vorgenommen wurde, um die Schiffe unter Schattenflaggen zu bringen. Die Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, mit den Arbeitgebern Mittel und Wege
zur Senkung der Betriebskosten zu erörtern, um die Arbeitsplätze französischer
Seeleute zu schützen.

Die Gewerkschaften beabsichtigen, eine weitere Protestaktion durchzuführen, die sich auf die gesamte französische Handelsflotte erstrecken soll. Auf diese Weise hoffen sie, die übrigen Reeder zu bewegen, dem Beispiel der Worms-Reederei zu folgen, die nach dem genannten Proteststreik ihre Schiffe nicht ausgeflaggt hat. Ferner haben die Gewerkschaften dringende Gespräche mit der zuständigen Regierungsbehörde über den Rückgang der französischen Handelsflotte um 42 Schiffe auf insgesamt 314 im Jahre 1984 beantragt, da sie befürchten, daß in Ermangelung wirksamer Abhilfsmaßnahmen d.J. weitere französische Handelsschiffe ausgeflaggt werden könnten.

GROSSBRITANNIEN: NIEDERLÄNDISCHE SEELEUTE UNTERSTÜTZEN "NORBRIT"-SCHIFFSBESATZUNGEN

Auf Wunsch der beiden britischen ITF-Seeleutegewerkschaften (NUMAST und NUS) hat die Niederländische Seeleuteföderation (FWZ) sich geweigert, Besatzungen für drei britische Schiffe zu stellen, die auf die niederländische Flagge umregistriert werden sollen. Die niederländische Gewerkschaft kam diesem Wunsch nach und versprach keine Besatzungen stellen, solange für die 57 britischen Seeleute, deren Arbeitsplätze durch diesen Flaggenwechsel gefährdet werden, keine angemessene Entschädigung Entschädigung vereinbart worden ist. Die drei Schiffe (Norbrit Hope, Norbrit Faith und Selbydyke) befinden sich im Besitz der Reederei North British Shipping, die Teil der in Hull basierten North British Maritime Group ist und sollen an die niederlänische Tochtergesellschaft Norbrit verkauft werden. Die solidarische Haltung der niederländischen Seeleute hat in großem Maße dazu beigetragen, daß die britische Reederei sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärte, die sehr bald zu einer befriedigenden Einigung führten.

GROSSBRITANNIEN: STRAFFERE ORGANISIERUNG IM OFFSHORE-SEKTOR

Das für die Offshoreforschung und -produktion der Petroleumgesellschaften Shell und Esso zuständige Unternehmen (Shell Expro) hat die der ITF angeschlossene Vereinigung des Wissenschaftlichen, Technischen und Leitenden Personals (ASTMS) als rechtmäßige Verhandlungspartner für bestimmte Personalkategorien auf fünf Offshore-Installationen anerkannt, nachdem sich die betreffenden Arbeitnehmer im Rahmen einer Urabstimmung mit überwiegender Mehrheit für die Gewerkschaft ausgesprochen haben. Die ASTMS vertritt nunmehr die Rechte der auf diesen Installationen beschäftigten Techniker bei Streitigkeiten und Beschwerden über Aspekte der Sicherheit und Gesundheit. Sie hofft, in der nahen Zukunft die vollen Verhandlungsrechte für diese Berufsgruppe zu erlangen.

Die der ITF angeschlossene Britische Seeleutegewerkschaft (NUS) hat vorige Woche eine energische Organisierungskampagne begonnen, deren Ziel es ist, ihre gegenwärtige Mitgliedschaft im Offshore-Sektor (5.000) zu verdoppeln. Der erste Erfolg kam im Oktober, als das auf einer Installation der staatlichen Erdgasindustrie in Morecambe Bay beschäftigte Verpflegungspersonal der NUS beitrat.

Eine weitere vor kurzem von der NUS erfaßte Offshore-Kategorie sind die Nordsee-Taucher, deren Kollektivvertrag vor kurzem erneuert wurde und eine Erhöhung der Gehälter um 8,25% vorsieht. Die zehn Tauchereigesellschaften, mit denen die NUS verhandelt, hat sich ferner bereit erklärt, eine Lebensversicherung für Taucher einzuführen und vorzugsweise britische Staatsbürger zu beschäftigen.

Auch die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) betätigt sich im Offshore-Sektor und hofft, sehr bald einen neuen Kollektivvertrag für die im Nordsee-Sektor Claymore beschäftigten manuellen Arbeiter abzuschließen.

KANADA: SIU ORGANISIERT ERSTMALIG OFFSHORE-PERSONAL

Die der ITF angeschlossene kanadische Seafarers' Industrial Union hat begonnen, Offshore-Personal gewerkschaftlich zu organisieren. Als ersten Schritt beanspruchte und gewann die SIU die Verhandlungsrechte für 60 Arbeitnehmer, die auf einer Offshore-Installation vor Neufundland beschäftigt sind. Seitdem haben auch die auf anderen solchen Installationen beschäftigen Arbeiter sich um Beitritt zur SIU beworben, so daß gute Aussichten auf den Abschluß weiterer Verträge bestehen.

NIEDERLANDE: SEELEUTE WIDERSETZEN SICH REDUZIERUNG DER BEMANNUNGSNORMEN

Die niederländischen Seeleute beabsichtigen eine Kampagne durchzuführen, um die Regierung zu bewegen, von einer Reduzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Bemannungs- und Befähigungsnormen Abstand zu nehmen. Gemäß der uns angeschlossenen Niederländischen Seeleuteföderation (FWZ) sind nicht weniger als 2.500 Arbeitsplätze (ein Viertel aller Arbeitsplätze in der niederländischen Schiffahrt) gefährdet, falls die von einer aus Regierungs- und Reedervertretern bestehenden Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Änderungen der gegenwärtigen gesetzlichen Vorschriften vorgenommen werden. Die FWZ war ursprünglich in dieser Arbeitsgruppe vertreten, aber zog sich aus Protest gegen die genannten Vorschläge zurück. Obwohl die vollen Einzelheiten der geplanten Gesetzesänderungen noch nicht öffentlich verlautbart worden sind ist bekannt, daß niedrigere Bemannungsnormen für Frachtschiffe zwischen 4.000 und 10.000 BRT geplant sind, um mehr Schiffe dieser

Größe für die niederländische Flagge zu gewinnen. Ferner sollen auch die Bemannungsnormen für größere Schiffe revidiert werden, um sie den in einigen europäischen und Fernost-Schiffahrtsländern geltenden Normen anzupassen, die traditionell niedriger sind. Die FWZ deutet ferner an, daß nach Vornahme der geplanten Änderungen auf Schiffen unter 4.000 BRT die Arbeitsplätze der Köche wegfallen würden.

Hafenarbeiter

ENGERE ZUSAMMENARBEIT DER HAFENARBEITER DER PAZIFISCHEN HÄFEN

Vor kurzem fand in Sydney eine Sitzung von Vertretern führender Gewerkschaften der in Pazifikhäfen beschäftigten Arbeiter statt. Gastgeber war die der ITF angeschlossen Australische Hafenarbeiterföderation (WWF). Das Hauptdiskussionsthema war die zunehmende Gefährdung der Wirksamkeit der Gewerkschaften im Pazifischen Raum. Die beteiligten Gewerkschaften beschlossen, Mittel und Wege zur Durchführung koordinierter Aktionen gegen antigewerkschaftliche Maßnahmen zu erörtern und versprachen einander die größtmögliche Hilfe und Unterstützung. Am Ende der Konferenz wurde eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben. Nächstes Jahr soll in Japan eine weitere solche Sitzung stattfinden.

⁺ Alljapanische Hafenarbeitergewerkschaft; Amerikanische Hafenarbeitergewerkschaft (ILWU); Neuseeländische Hafenarbeitergewerkschaft; und Australische Hafenarbeiterföderation.

Allgemeines

INTERNATIONALES: NEUE BERGARBEITERGRUPPIERUNG VERSUCHT GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG ZU SPALTEN

Am 21. und 22. September hielt eine neue Organisation, die sich als ein internationales Organ der Bergarbeiter bezeichnet, ihre Gründungskonferenz in Paris ab. Sie nennt sich "International Mineworkers' Organisation" und besteht fast ausschließlich aus Mitgliedsorganisationen des früheren kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) sowie der Britischen Bergarbeitergewerkschaft (NUM). Der Generalsekretär der neuen Organisation war bis dahin Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale des Weltgewerkschaftsbundes, die am Vortage aufgelöst wurde. Ihr Präsident ist der Vorsitzende der Britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill. Die Bildung dieses neuen Organs ist vom Internationalen Berufssekretariat der Bergarbeiter (MIF) und vom IBFG scharf verurteilt worden. In einem Rundschreiben an alle ihm angeschlossenen Gewerkschaftsbünde und alle Internationalen Berufsekretariate bezeichnete der IBFG die neue Organisation als einen weiteren Versuch, die internationale Gewerkschaftsbewegung zu untergraben. Die von der neuen Organisation angestellten Bemühungen, um große demokratische Bergarbeitergewerkschaften ohne internationale Zugehörigkeit zum Beitritt zu bewegen, sind gemäß dem IBFG vollkommen erfolglos geblieben. In dem IBFG-Rundschreiben wird ferner darauf verwiesen, daß die neue Organisation nicht nur Zuständigkeit für Bergarbeiter beansprucht, sondern auch für den Petroleumund Energiesektor. Sie könnte dadurch auch mit der Internationale der Chemiearbeiter (ICEF) und - was die Offshore-Petroleumarbeiter betrifft - mit der ITF in Konflikt geraten.

INTERNATIONALES: IBFG VERURTEILT SUSPENDIERUNG DER GEWERKSCHAFTSRECHTE IN NIKARAGUA

In einer am 16. Oktober abgegebenen Erklärung hat der IBFG die Suspendierung grundlegender Gewerkschaftsrechte (einschließlich des Streikrechts und des Rechts auf Protestkundgebungen und Versammlungen) durch die Regierung Nikaraquas scharf verurteilt. Der IBFG verwies darauf, daß die nikaraguanischen Behörden schon früher ähnliche Maßnahmen ergriffen haben, so daß der IBFG mehrmals intervenieren mußte, um die Wiederherstellung des uneingeschränkten Vereinigungsrechts in Nikaraqua zu fordern. Weiter heißt es in der IBFG-Erklärung, daß führende Amtsträger des dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaftsbundes (CUS) während der letzten Monate verhaftet worden sind und die organisatorische Tätigkeit des CUS stark behindert worden ist. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die Besetzung des CUS-Hauptbüros in Managua durch die Polizei im Jahre 1984 verwiesen. Der IBFG hat die Regierungen der CONTADORA-Länder bereits auf diese jüngste Verletzung der Gewerkschaftsrechte in Nikaragua aufmerksam gemacht und alle seine Mitgliedsorganisationen aufgefordert, Protestschreiben an die nikaraquanischen Behörden zu richten und bei den Regierungen ihrer Länder geeignete Interventionen zu beantragen, um die sofortige Aufhebung aller Maßnahmen zu bewirken, durch die grundlegende Gewerkschaftsrechte, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, in Nikaragua eingeschränkt werden.

BESCHÄFTIGUNGSPROGNOSE DES OECD - WENIGER WACHSTUM, MEHR ARBEITSLOSIGKEIT

Im September veröffentlichte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre jährliche "Beschäftigungsprognose" - leider eine sehr deprimierende Lektüre. Mit Verweis auf die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums der meisten Industrieländer prophezeit der OECD-Bericht eine parallele Beschäftigungsflaute. Die Zahl der Beschäftigten wird in Europa zwar geringfügig ansteigen - und in etwas stärkerem Maße in Nordamerika und Japan - , aber dieser Anstieg wird niedriger sein als die Erhöhung der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte. Somit ist zu erwarten, daß die Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern weiterhin ansteigen und es in der zweiten Hälfte des Jahres 1986 31 1/2 Millionen (8 1/2%) Arbeitslose geben wird. In Europa jedoch könnte die Arbeitslosigkeit zum gleichen Zeitpunkt ihren Höchststand seit Kriegsende erreichen, nämlich 11%.

Die Beschäftigungskrise wird sich weiterhin besonders schwerwiegend auf junge und langfristig Arbeitslose auswirken. In den USA könnte sich die Jugendarbeitslosigkeit stabilisieren; in Europa jedoch ist zu erwarten, daß sie noch weiter ansteigt und zwar auf etwa 23%. Desgleichen ist keine Reduzierung in der Zahl der langfristig Arbeitslosen zu erwarten, außer vielleicht in den USA und einigen skandinavischen Ländern. "Viele Menschen, die während der letzten Rezession ihren Arbeitsplatz verloren haben," so der OECD-Bericht "haben seitdem keine Beschäftigungsmöglichkeit gefunden."

Der volle Titel des Berichtes - "Beschäftigungswachstum, Biegsamkeit und Beschäftigungssicherheit: Eine Herausforderung für Alle" - zeigt, daß die OECD der Meinung ist, daß eine größere Biegsamkeit des Arbeitsmarktes mehr zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen kann als eine Steigerung der Nachfrage und positive arbeitspolitische Maßnahmen der Art, wie sie die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert. An dieser Einstellung des OECD hat deren Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß (TUAC) starke Kritik geübt. In seinem Kommentar zur OECD-Prognose behauptet der TUAC, daß die Verbesserung der Löhne, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen nicht länger als wirtschaftspolitisches Ziel sondern eher als ein Hindernis der Arbeitsbeschaffung betrachtet wird. Dennoch stellt die im OECD-Bericht enthaltene Analyse der Beschäftigungslage die jüngsten "Weisheiten" kon-

servativer Wirtschaftspoltik in Zweifel. Obwohl die Prognose weiterhin der Ansicht ist, daß die Reallohnkosten mit zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen haben, wird gleichzeitig zugegeben, daß diese Reallohnkosten im Falle Europas seit dem Jahre 1982 im Durchschnitt knapp unter 1% pro Jahr angestiegen sind – also etwa im gleichen Maße wie in den USA, wo die Arbeitslosigkeit bereits etwas zurückgegangen ist. In einigen europäischen Ländern sind diese Reallohnkosten sogar gleichgeblieben oder zurückgegangen. Aus diesem Grunde kann man die seit dem zweiten Rohölpreisanstieg in den Jahren 1979/80 in den europäischen Ländern eingetretene Beschäftigungsflaute nicht einfach den Schwankungen der Lohnkosten zuschreiben. In diesem Zusammenhang machte die OECD eine Feststellung, die sicher einige westeuropäische Länder irritieren wird, nämlich: "der Umstand, daß die Regierungen bei der Bekämpfung der Inflation eine äußerst unbiegsame und hartnäckige Haltung eingenommen haben, hat zweifellos ebenfalls (zur Verschlechterung der Beschäftigungslage) beigetragen".

Ferner stellt der OECD-Bericht andere ehrwürdige Arbeitsbeschaffungstheorien in Frage. Das Argument, daß Kleinunternehmen eine wichtige Beschäftigungsquelle sind, wird als äußerst fragwürdig bezeichnet. Gemäß der OECD sollten Regierungen die Bildung neuer Unternehmen (ganz gleich welcher Größe) fördern, anstatt nur Kleinunternehmen zu subventionieren. Ferner wird die Behauptung zurückgewiesen, daß die relativen Lohnunterschiede zwischen Wachstums- und Krisensektoren den Grund für die "Unbiegsamkeit" im Arbeitsmarkt darstellen, obwohl behauptet wird, daß niedrigere Löhne für Jugendliche zu einer Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen könnten. Eine besonders beunruhigende Statistik des Berichtes bezieht sich auf die für Sonderbeschäftigungsmaßnahmen ausgewählten Bevölkerungsgruppen. Ziel dieser Sonderbeschäftigungsmaßnahmen ist es, die Situation der jugendlichen und langfristig Arbeitslosen zu verbessern. Viele Regierungen bedienen sich solcher Maßnahmen, vorzugsweise als Alternative zu wirtschaftlichen Maßnahmen, die tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen. Im OECD-Bericht wird jedoch klargestellt, daß in vielen europäischen Ländern und in Australien die arbeitslosen Jugendlichen und die langfristig erwachsenen Arbeitslosen zwischen 60 und 80% aller Arbeitslosen ausmachen. In anderen Worten, solche Sonderbeschäftigungsmaßnahmen haben lediglich eine Neuverteilung der Arbeitslosigkeit zur Folge, schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze.

Der dritte Bereich mit dem sich die Prognose der OECD befaßt ist die Beschäftigungssicherheit. Die kürzlichen Angriffe auf die Gewerkschaften in Europa haben sich zum Teil auch auf Beschäftigungssicherheitsmaßnahmen konzentriert. Die Arbeitgeber behaupten, daß solche Maßnahmen zu einer Unbiegsamkeit im Arbeitsmarkt führen, weil man nicht sicher sein kann, daß es möglich sein wird, neueingestellte Arbeitnehmer ohne Schwierigkeiten zu entlassen. Hierzu heißt es im OECD-Bericht, daß keine konkreten Beweise dafür vorliegen, daß die Möglichkeit einer unbehinderten Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern zu einer größeren Biegsamkeit im Arbeitsmarkt führt. Auf lange Sicht scheinen Beschäftigungssicherheitsmaßnahmen das Gesamtbeschäftigungsniveau kaum in bedeutendem Maße zu beeinflussen. Aus diesem Grunde gelangt der OECD-Bericht zu der Schlußfolgerung, daß eine spürbare Reduzierung der Arbeitslosigkeit nur erzielt werden kann, wenn man die richtige Mischung von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-; Sozial- und Schulungsmaßnahmen zur Anwendung bringt; in anderen Worten: es sind umfassendere und entschlossenere Bemühungen seitens der Regierungen erforderlich. Die internationale Gewerkschaftsbewegung kann dieser Feststellung vorbehaltlos beipflichten.

Zusätzlich zur allgemeinen Analyse der Arbeitsmarktlage enthält die OECD-Prognose ausführliche Informationen über: kurz- und mittelfristige Entwick-lungen, die Auswirkungen der Beschäftigung von Fremdarbeitern auf den Arbeitsmarkt, Beschäftigung in kleinen und großen Unternehmen, relative Löhne und Produktivität, und wiederholte Arbeitslosigkeit sowie einen statistischen Anhang. Der OECD-Bericht liegt in Englisch und Französisch vor und ist von OECD-Verkaufsstellen oder vom OECD-Publications Office, 2 rue André Pascal, 75775 Paris Cedex 16 erhältlich.

Gewerkschaften

NORWEGEN: SCHIFFSINGENIEURSKONGRESS WIDERSETZT SICH AUSFLAGGEN NORWEGISCHER SCHIFFE

Der vom 30. September bis 2. Oktober in Røros abgehaltene 29. Ordentliche Kongreß der uns angeschlossenen Norwegischen Schiffsingenieursgewerkschaft hat seiner ernsten Besorgnis über die zunehmende Tendenz norwegischer Reeder Ausdruck gegeben, ihre Schiffe von der norwegischen Flagge auf Schattenflaggen umzuregistrieren. In diesem Zusammenhang forderte der Kongreß die Regierung auf dafür zu sorgen, daß eine genügend große Handelsflotte unter der norwegischen Flagge bleibt und daß auch auf ausgeflaggten Schiffen weiterhin eine beachtliche Anzahl norwegischer Seeleute beschäftigt wird. Ferner wurde die Regierung aufgerufen, ihren Verpflichtungen bezüglich der Finanzierung von Seeleutewohlfahrtsdiensten in norwegischen Häfen nachzukommen, da diese Einrichtungen gegenwärtig vorwiegend von Reedern und den Gewerkschaften der Seeleute unterstützt werden. Mit Bezug auf die vorherrschenden Mängel auf dem Gebiete der Ausbildung von Schiffsingenieuren beantragte der Kongreß die Bildung eines Ausschusses, dessen Aufgabe es sein sollte, die Ausbildungsmethoden sowohl in der Handelsmarine als auch in der Fischerei zu überprüfen. Letztens wurde gefordert, daß die Arbeitszeit der Seeleute mit der der an Land beschäftigten Arbeiter in Übereinstimmung gebracht wird.

Der Präsident der Gewerkschaft, Malvin Horn, legte auf dem Kongreß nach zwölfjähriger Tätigkeit sein Amt nieder. Zu seinem Nachfolger wurde der Schiffsingenieur Torgeir Berget gewählt. Die ITF war auf dem Kongreß durch den Stellvertretenden Generalsekretär Ake Selander vertreten.

KURZNACHRICHTEN

DÄNEMARK: KRIEGSGEFAHRENVERSICHERUNGSSCHEMA

Die Dänische Vereinigung der Steuerleute hat im Rahmen des neuen Versicherungsschemas gegen permanente Kriegsgefahren für ihre Mitglieder eine zusätzliche Invalidenversicherung in Höhe von 500.000 Kronen bereitgestellt. Ihre Mitglieder werden somit bei Vollinvalidität eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. Kronen erhalten, mit entsprechend revidierten Versicherungsleistungen bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit.

Mitglieder der uns angeschlossenen deutschen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) haben während der letzten Wochen Protestkundgebungen gegen die geplante Abschaffung des Nachtausgucks auf deutschen Schiffen durchgeführt.

Die Alljapanische Seeleutegewerkschaft (JSU) ist äußerst besorgt, weil der nach dem Bankrott der Sanko-Reederei eingesetzte Konkursverwalter sich geweigert hat, Heuern und Sommerprämien auszuzahlen, deren Zahlung vor der Bankrotterklärung vereinbart worden war. Ferner beabsichtigt der Konkursverwalter eine große Anzahl der bei Sanko beschäftigten japanischen Seeleute zu entlassen. Aus diesem Grunde hat die Gewerkschaft beantragt, daß die Regierung und führende Banken einen Sanierungsplan ausarbeiten sollten, der es dem Unternehmen gestattet, die Arbeitsplätze der JSU-Mitglieder zu wahren.

Todesfälle

Sidi Khayam, von 1978 bis 1984 Generalsekretär der Nigerischen Gewerkschaft der Seeleute und Binnenschiffer, ist nach einer langen Erkrankung gestorben. Er war außerdem ein ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Hafenarbeitergewerkschaft Nigerias.

Personalien

Wir gratulieren dem ITF-Präsidenten Fritz Prechtl recht herzlich anläßlich seines zwanzigjährigen Jubiläums als Vorsitzender der osterreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner und wünschen ihm alles Gute und weiterhin viel Erfolg in der Zukunft.

John Carroll (Präsident der Irischen Transportarbeitergewerkschaft, ITGWU) und Chris Kirwan (ITGWU-Generalsekretär) sind zum Vizepräsidenten bzw. Kassenwart des Irischen Gewerkschaftsbundes gewählt worden.

Jim Levia, Vizevorsitzender der Kanadischen Gewerkschaft der Eisenbahner und Transportarbeiter, ist vorigen Monat auf dem Kongreß seiner Organisation in Toronto in den Ruhestand getreten. Er diente mehrere Jahre im Ausschuß der ITF-Sektion der Fischer und war außerdem Mitglied des Ausschusses der Sektion Binnenschiffahrt. Als Mitglied der kanadischen Landesdelegation leistete er einen wertvollen Beitrag auf der kürzlichen Sitzung des Binnenverkehrsausschusses der IAO. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.

Bevorstehende Tagungen

Afrikanische Eisenbahnerkonferenz Asiatisch/Pazifischer Regionalausschuß Schiffahrtspolitischer Ausschuß der

-- Bali, 4. - 7. Dezember 1985

Seeleutesektion

-- Kopenhagen, 7. - 8. Januar 1986

-- Abidjan (Elfenbeinküste) 25.-19. Nov. 85

ITF-Vorstand .

-- Nairobi, 18. - 19. März 1986

^{*} Siehe auch ITF-Nachrichten Juni/Juli und September.

^{**} Siehe auch letzte Ausgabe (September) der ITF-Nachrichten